

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 34

Ercheint Sonntags.
Bezugpreis monatlich 10 Pf. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 24. August 1924

Verlag: Berlin G. 2, Breitestr. 8/9 IV.
Fernruf: Merkur 8529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Verbandsmitglieder! Rüstet allorts zu einer durchgreifenden Herbstagitation! Alle Kräfte müssen zu einer einheitlichen intensiven Werbetätigkeit eingesetzt werden. Es gilt nicht nur die Zahl unserer Mitglieder zu steigern, sondern auch aufklärend zu wirken unter der großen Masse unserer Kollegen und Kolleginnen. Die Not der Zeit erfordert ein gemeinsames Handeln. Jeder einzelne Ort, jeder einzelne Betrieb, in dem unsere Kollegen und Kolleginnen tätig sind, muß planmäßig bearbeitet werden. Es darf keine unorganisierte Berufsangehörige geben. Die Erkenntnis, daß nur der feste Zusammenschluß in der Gewerkschaft eine nachhaltige Besserung bringen kann, muß in alle Köpfe gehämmert werden. Unser Ziel ist, die Arbeiterschaft der Papierverarbeitung zu einem festen Block zusammenzuschließen. Drum mit frischem Mut ans Werk: **Nutzt die Zeit!**

Der Raubzug der Agrarier.

Unsere Zeit ist eine schnellebige. Jeder Tag wirft neue Fragen auf, die das Alte zurückdrängen und schnell der Vergessenheit anheimfallen lassen. Dennoch dürfen sich die Verbraucher, besonders die Arbeiter, daran erinnern, wie die gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugerkreise unter dem Druck der zwangswirtschaftlichen Preisregelung im Tone höchster Entrüstung nach der freien Wirtschaft verlangten. „Freie Wirtschaft“ war das Schlagwort, auf das Industrielle, Handels- und Gewerbetreibende, sowie Bauern einmütig schwuren, mit ihrer Bewirkung das Verschwinden aller wirtschaftlichen Nöte in Aussicht stellend. Nach den Versicherungen der landwirtschaftlichen Erzeugerkreise war die Beseitigung der Zwangswirtschaft eine dringende Notwendigkeit, wenn die solange durch sie gefesselten produktiven Kräfte wieder entfaltet und ein weiteres Zurückgehen oder Stagnieren der landwirtschaftlichen Produktion verhindert werden sollte. Selbst ein nicht kleiner Teil der Arbeiter sieht für diese Forderung eifern, um wie schon so oft nachträglich zu erfahren, daß sie wieder einmal die — Betrogenen waren.

Dienstbesitzen, wie es stets der Fall ist, wenn Industrielle, Großhändler und Agrarier an sie herantreten, kam die Regierung diesen Forderungen nach. Die Zwangswirtschaft fiel; die freie Wirtschaft trat an ihre Stelle. Damit war die Bahn für den vorhergesagten wirtschaftlichen Aufstiegs frei. Bemerkbar wurde davon aber den Verbrauchern nichts. Im Gegenteil, nunmehr gingen die Preise, durch teurerer Beschränkungen mehr zurückgehalten, mit rapider Schnelligkeit in die Höhe. Die Preistreiber nahen einen nie geahnten Umfang an; Wucherer und Schieber hielten reiche Ernte,

die Lebenshaltung der arbeitenden Volksschichten dagegen verschlechterte sich zusehends.

weil die Löhne trotz aller Anstrengungen der Gewerkschaften, einen Ausgleich zu schaffen, den im rasenden Lauf aufwärts stürmenden Preisen nicht zu folgen vermochten. Papiermilliarden, Papierbillionen wurden von der Notenpresse in immer unheimlicher werdender Menge in den Verkehr geworfen, bis der Währungs zusammenbruch da war. An diesem trägt Preistreiber der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeuger neben der von ihnen zur Unzeit veranlaßten freien Wirtschaft einen großen Teil der Schuld. Erst die Stabilisierung der Mark machte weiteren Preistreiber ein Ende. Was alle Appelle und Beschwörungen der Behörden an den Opferinn der Landwirte nicht zu erreichen vermochte, das führte das mit dem Auftreten der Rentenmark einsetzende Aufhören der Angstläufe, die wieder möglich gewordene Einfuhr

von Lebensmitteln aus dem Auslande sowie die stärkere Heranziehung von Industrie, Handel und Landwirtschaft zur Steuerleistung herbei, von der sie bis dahin fast vollständig verschont blieben. Die zurückgehaltene Warenvorräte kamen zum Vorschein. Auch Lebensmittel und Getreide waren da. Selbst aus dem Jahre 1922 erschienen noch größere Getreidemengen auf dem Markt, die in wucherlicher Absicht zurückgehalten wurden. Das Angebot war so groß, daß die Lebensmittel teilweise unter den Weltmarktpreis sinken mußten.

Von dieser Wirkung der freien Wirtschaft waren die Erzeuger, besonders die Großagrarier wenig erbaut, weshalb sie sich schleunigst wieder zur — Zwangswirtschaft bekehrten, indem sie nach Zollschutz schrien. Daß die Schutzollpolitik, die sie nun wieder fordern, nur eine andere Form der Zwangswirtschaft darstellt, bedarf keiner eingehenderen Darlegung. Der Zollschutz soll die Einfuhr wenn nicht völlig verhindern, so doch dadurch einschränken, daß er die aus dem Ausland kommenden Waren um den Betrag des festgesetzten Zollsages verteuert. Das hat die Wirkung, daß damit auch der Preis der Inlandswaren auf den durch den Zollschutz erhöhten Weltmarktpreis steigt. Der Unterschied zwischen der verlossenen Zwangswirtschaft und der Schutzollpolitik besteht nur darin, daß erstere den Zweck hatte, die Warenpreise niedrig zu halten, mit letzterer dagegen die Absicht verfolgt wird, dieselben zu erhöhen. Daß diese Erhöhung bei Wiederanwendung der früheren Zollsätze keine geringfügige sein würde, zeigen die Vorteile, die den Großagrariern aus der Zollpolitik der Vorkriegszeit zufließen. In den Jahren 1907 bis 1909 berechneten sich dieselben allein aus den Getreidezölle auf nicht weniger wie 2680 Millionen Goldmark, die ihnen das deutsche Volk in Form der Brotverteuerung zahlen mußte.

Wie damals die freie Wirtschaft wird die von den Agrariern jetzt angestrebte Schutzollzwangswirtschaft als unbedingt notwendig bezeichnet, um den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zu verhindern, einen neuen Anreiz zur Entwicklung höherer landwirtschaftlicher Leistungen zu schaffen. Alles natürlich vom Besten des Volkes, dem beileibe nicht der tägliche Lebensbedarf verteuert werden soll, denn den Zoll trägt — wie die Agrarier großmütig versichern — das Ausland. Das ist nach dem Ausgeführten Schwindel, genau so Schwindel, wie die angeblich durch die Schutzölle herbeizuführende Steigerung der Produktion. Was die Agrarier mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft erreichen wollten und jetzt mit der Wiedereinführung der Schutzollpolitik beabsichtigen, sind lediglich höhere Preise für ihre Produkte.

An der Steigerung der Produktion haben sie kein Interesse.

Diese zu erreichen sind Preissteigerungen erfahrungsmäßig das ungeeignete Mittel. Technische und organisatorische Fortschritte zur Erhöhung der Produktion erfolgen in der Regel stets unter dem Druck wirtschaftlichen Zwanges. Die Agrarier wollen sich aber die Agrarier gerade entziehen. Mit besonderen volkswirtschaftlichen Kenntnissen sind unsere Großagrarier im allgemeinen nicht beschwert. Das aber wissen sie nur zu gut, daß verstärkte Produktion erhöhtes Angebot und sinkende Preise hervorruft. Das wollen sie verhindern, und die Regierung zeigt ihnen hierbei verständnisvolles Entgegenkommen. Mit welchem Erfolge, beweist bereits die Aufhebung des Getreideausfuhrverbots, die sofort eine Erhöhung der Getreide-, Brot- und Fleischpreise hervorrief. Die Einführung von Schutzölle würde sie noch weiter steigern.

Es ist rührend, wie sehr sich die Regierung um das Wohl der Produzenten besorgt zeigt. Diese brauchen nur Wünsche zu äußern, alsbald schwenkt die Regierung ein. Die Arbeiter sind ein derartiges Entgegenkommen nicht gewöhnt. Hunderttausende von Arbeitern sind als Opfer der gegenwärtigen Wirtschaftskrise arbeitslos oder auf Kurzarbeit beschränkt, leiden mit ihren Familien bittere Not. Millionen von Kriegs- und Sozialrentnern müssen sich mit den kärglichsten Renten zufrieden geben. Hunderttausende von Proletariern sind mit ihren Familien in Wohnungen zusammengepfercht, denen gegenüber die Zellen der Gefängnisse und Zuchthäuser ideale Wohngelegenheiten darstellen.

Für sie alle hat die Reichsregierung zur Verbesserung ihrer Lage nichts anderes als Vertreibungen oder Drohungen übrig.

Das war schon unter dem alten Obrigkeitstaat so, unter dessen Regime die Großagrarier in besonderer Maße gehätselt wurden, so daß sie sich geradezu als Reichsflüchtlinge betrachteten, was ihre Annehmung erhöhte. Das Schreien und Beiseiteschieben aller anderen Interessen wurde ihnen zur Gewohnheit. Die Arbeiter dagegen waren infolge ihrer politischen Rechtlosigkeit lediglich Objekt der Beschneidung, deren Wünsche man ignorieren konnte, wenn man es nicht vorzog, ihnen die kalte Faust zu zeigen. Soll diese Politik wieder eingeleitet werden? Das braucht nicht der Fall zu sein, wenn die Massen der Arbeiter sich ihrer Stellung zum Staate bewußt sind. Nur Uneinigkeit, Teilnahmslosigkeit, sowie die Zerspaltung macht sie ohnmächtig. Eng aneinander geschlossen, ist die Arbeiterschaft imstande, alle das Gemeinwohl schädigenden Pläne gewisser Interessentengruppen abzuwehren und die Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen durchzusetzen. M. A. L. U. T. A.

Entscheidungen zu unseren Reichstaxis-Verträgen.

Lohnverhandlungen mit dem „Api“.

Das Lohnabkommen mit den „Api“-Verbänden war am 13. August abgelaufen. Zwecks Festsetzung der weiterhin zu zahlenden Löhne fanden am 19. August in Berlin Verhandlungen statt, die jedoch das von Arbeitnehmerseite erwartete Resultat nicht hatten. Die Unternehmer lehnten jedwede Lohnsteigerung ab. Trotz eingehender Begründung der absoluten Notwendigkeit eines höheren Lohnes und aller Hinweise auf die tatsächlich eingetretene und auf die in sicherer Aussicht stehende weitere Preissteigerungen, auf die enormen Steigerungen der Wohnungsmieten, auf die erheblichen Differenzen mit den Löhnen anderer Berufsgruppen, von denen jeder einzelne Punkt eine Lohnerhöhung rechtfertigt, war in das völlig ablehnende Verhalten der Unternehmer eine Bresche nicht zu schlagen. Man hörte nur immer wieder die üblichen Einwände: Die berufliche Lage sei nie so schlecht gewesen wie zurzeit. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft habe sich seit Einführung der Goldlöhne ganz enorm gebessert. Wurde doch vorgerechnet, daß von Mitte November ab die Teuerungsziffer um mehr als 43 Proz. gestiegen, der Lohn aber um 55 Proz. gestiegen sei. Daß diese Rechnung aber nur den einen Nachweis lieferte, daß nämlich in der Inflationszeit und bei der Umstellung in Gold die Entlohnung eine geradezu schandbar niedrige gewesen ist, das bedachten sie nicht. Sie rechneten es sich im Gegenteil noch hoch an, daß sie keine Konjunkturpolitik treiben wollten und darum auch nicht mit der Forderung auf — Lohnabbau kämen. Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens bis zum 1. Oktober, das war das Resultat der Verhandlungen.

Das neue Lohnabkommen haben unterzeichnet: die Fachgruppe für Briefumschlag- und Papierausstattungsfabrikation, Geschäftsbücher- ufm. -fabrikation, der Deutsche Buchdruckerverein und der Bund deutscher Buchbinder-Innungen.

Jur Beitragsfrage.

Daß nach der Inflation und dem durch diese erfolgten finanziellen Zusammenbruch der Gewerkschaften versucht werden muß, diese so schnell wie möglich wieder leistungsfähig zu machen, ist eine Selbstverständlichkeit. Wie sehr dies auch von den Gewerkschaftsmitgliedern erkannt wird, zeigt die Diskussion in der Gewerkschaftspresse. Ich möchte nun diese Frage von einer Seite beleuchten, auf die bei der bisherigen Diskussion in der „Buchbinder-Zeitung“ noch nicht hingewiesen wurde, die aber bei genauer Betrachtung in Zukunft nicht unwesentlich erscheint.

Die große Mehrheit unserer Mitglieder ist sicher Anhänger des sogenannten „Graphischen Industrieverbandes“. Soll dieser aber zur Wirklichkeit werden, dann ist für unseren Verband eine Anpassung der Leistungen für und durch den Verband an die gleichen Leistungen der anderen graphischen Verbände notwendig, was bisher von vielen unserer Mitglieder nicht beachtet wurde. Und niemand wird glauben, daß z. B. die Buchdrucker ihre Beiträge und Unterstufungen unsererwegen abbauen. Wie liegen denn die Dinge? Die Buchdrucker zahlen einen reinen Einheitsverbandsbeitrag von 1,20 Mk. Dazu kommen Gau- und Bezirksbeiträge von 30 bis 60 Pf., zusammen also 1,50 Mk. bis 1,80 Mk. Beitrag pro Woche. Die Steindrucker haben 1 Mk. Einheitsbeitrag, mit Lokalbeitrag bis 1,20 Mk. Selbst die Hilfsarbeiter haben 70 Pf. Verbandsbeitrag, mit Lokalbeitrag 80 bis 85 Pf., aber ohne Invalidenunterstützung.

Nun ist die Frage aufzuwerfen: Sind unsere Kollegen in der Lage, auf Grund ihres Verdienstes einen höheren Beitrag zu leisten im Vergleich zu den Buchdruckern? Und diese Frage muß ich bejahen, wenn man die Verhältnisse einer genaueren Betrachtung unterzieht. In Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt a. M. und vielen anderen Orten erhalten unsere Kollegen in den Druckereien den Buchdruckerlohn. In den Großbuchbindereien und Geschäftsbücherfabriken in Berlin, Leipzig, Stuttgart, Hannover usw. arbeiten unsere Kollegen vorwiegend in Akkord und verdienen wohl auch den Buchdruckerlohn. Wenn nun sowohl der eben angeführte als auch der verheiratete Buchdrucker in der Nullprozentklasse mit 18,82 Mk. bzw. 26,88 Mk. Lohn 1,50 bis 1,80 Mk. Beitrag zahlt, sollte es da bei einzigen „Wollen“ bei uns nicht auch mög-

Was ist der Verband?

Eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, die zur Erringung selbstbestimmter Ziele und Forderungen andauernd vereint wirkt und kämpft.

Viele einzelne bilden die Gesamtheit.

Diese gewährt dem einzelnen Schutz, erwartet dafür aber keine Mithilfe zum Schutze der anderen. Du selbst bist ein wichtiges Glied im Verband, genau so, wie alle anderen. Nicht allein das Verbandsbureau und die beauftragten Angestellten sind die äußere Erscheinung des Verbandes, sondern alle Mitglieder,

also auch du und deine Kollegen in der Wertstatt.

Beuge dich stets so, daß man von dir weiß, daß du die Verbandsinteressen förderst, vor allem, daß auch du ein Vertreter des Verbandes bist!

lich sein, mindestens von der Ortsklasse III an, 1 Mk. Verbandsbeitrag zu zahlen — dazu die Lokalbeiträge — zu dem Zweck, unsere Verbandskasse zu stärken? Gewiß ist mir bekannt, daß der Durchschnittsbuchdrucker bereit ist, für seine Organisation größere Opfer zu bringen als der Durchschnitt unserer Mitglieder, die aber an die Organisation die gleichen Forderungen stellen, wie sie nur der Buchdruckerverband mit seinen höheren Beiträgen erfüllen kann. Hier ist Erziehungsarbeit notwendig. Und Kollegen, vergleicht in den einzelnen Orten einmal die Tariflöhne und Beiträge der Vorkriegszeit und die Löhne und Beiträge der jetzigen. Dann muß jeder einzelne zu dem Schluß kommen, daß die Beiträge früher höhere waren.

Die Berechtigung von 1 Mk. Verbandsbeitrag in der Spitze muß unbedingt anerkannt werden. Auch in Zukunft gilt das Sprichwort:

Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gib!

Frankfurt a. M.

S. Weß.

Die Bedeutung des Genossenschaftswesens

Für die erdrückende Mehrzahl der Konsumvereinsmitglieder erschöpft sich die Bedeutung des Genossenschaftswesens in den nicht zu bestreitenden unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteilen, die die Mitgliedschaft bei der Konsumgenossenschaft bietet und die durch die Inflationsverlöbe des Jahres 1923 nur vorübergehend eingeschränkt worden sind. Eine auch nur gedankliche Vorstellung von der volkswirtschaftlichen, sozialen und schließlich kulturellen Bedeutung des Genossenschaftswesens im allgemeinen und der Konsumgenossenschaften im besonderen findet nicht statt, woher es auch kommen mag, daß die gegenwärtigen Verbräunisse derselben als Ausdruck der allgemeinen Wirtschaftslage des deutschen Volkes einem geradezu krassen „Unverständnis der Massen“ begegnen, die ihren eigenen genossenschaftlichen Unternehmungen nicht einmal das von ihren Verwaltungen angeforderte Minimum an Betriebskapital und Umsatz leisten, welches für die wirtschaftlichen Leistungen der Genossenschaften in der Vorkriegszeit unumgänglich erforderlich war.

Wacht es über diese immerhin erkennbare Tatsache hinweg, daß die Bedeutung des Genossenschaftswesens grundlegende Aufklärung zu schaffen, so in noch viel höherem Maße die grundsätzliche Seite der Frage, welche eben aus ihrer Bedeutung resultiert und die geeignet ist, vor allem die Konsumgenossenschaften selbst in ihrer lediglich wirtschaftlichen Erscheinung als die in die Praxis umgesetzte und konstruktive Idee des Sozialismus zu erkennen.

Die ökonomische Bedeutung der Konsumgenossenschaften, von denen erklärlicherweise in erster Reihe die Rede sein muß, wurzelt in der wirtschaftlichen Kräftekonzentration vor allem der auf Lohn und Gehalt angewiesenen Verbrauchermassen. Darüber hinaus aber zeigt die heutige organisatorische Struktur derselben, daß die Mitgliedschaft bei den Konsumgenossenschaften auch die Kreise erschafft, die zur Produzentengruppe gehören, deren Verbraucherinteresse jedoch in gleichem Maße bei den Konsumgenossenschaften gewahrt ist, wie das der Lohn- und Gehaltsempfänger. Neben den Arbeitern und Angestellten, Beamten und freien Berufstätigen bilden allmählich die selbständigen Gewerbetreibenden und kleinen Landwirte einen nicht unbedeutenden Teil der Konsumgenossenschaftlichen Organisationen, in denen man je länger je mehr die wirtschaftlichen Volksgenossen schaffen erblicken muß, die der zukünftigen Volkswirtschaft ihren Stempel aufprägen werden.

Daß damit nicht zu viel gesagt und jede perspektivische Ideologie vermieden ist, beweist die Tatsache, daß schon Karl Marx und mit ihm die erste Arbeiter-Inter-

nationale (Genfer Konferenz 1864) der Genossenschaftsbewegung eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Umwälzung der Gesellschaft, zwar nicht parteipolitisch zugeordnet, aber als logische Entwidlung ihres Lebens geschrieben haben. Dies ist von Karl Marx in seiner Inaugural-Adresse an den ersten Internationalen Arbeiterkongress, nachdem er den Kampf und den Erfolg der englischen Genossenschaften um den Zehnstundentag als den „Sieg eines Prinzips“ charakterisiert hatte, wie folgt geschrieben:

„Doch ein noch größerer Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals stand bevor. Wir sprechen von der Genossenschaftsbewegung, namentlich von den genossenschaftlichen Fabriken, die einige tüpige „Hände“ ohne jede Beihilfe errichteten. Der Wert dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug geschätzt werden. Durch die Tat statt durch Argumente haben die Arbeiter bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vor sich gehen kann ohne die Existenz einer Herrenklasse, die eine Klasse von „Händen“ anwendet, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über den Arbeiter und als Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst; daß wie die Sklavenarbeit, wie die Leibeigenschaft, so auch die Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, die bestimmt ist zu verschwinden vor der assoziierten Arbeit, die ihr Wert mit williger Hand, tüchtigem Geist und fröhlichem Herzen verdient.“

Eine von dem Kongress einstimmig angenommene Entschließung besagt denn auch in ihrem ersten Absatz:

„Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegnenheit beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das wohlstandserzeugende und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.“

Die Entschließung empfiehlt nun, sich eher auf Produktion als auf Konsumgenossenschaften einzulassen, — eine Tatsache, die beweist, daß mit Ferdinand Lassalle auch Karl Marx die Produktivgenossenschaften als die „Krone des Gebäudes der Genossenschaftsbewegung“ (Ausdruck von Schutz-Ziel) ansah. Und wenn nun die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung der Konsumgenossenschaften das umgekehrte Bild geschaffen hat, so beweist dies nur, daß man eben vor 80 Jahren den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung nicht auch in dieser organisationsmäßigen Einzelheit voraussehen konnte.

Die Produktivgenossenschaften sind immer der schwächste Zweig der Genossenschaftsbewegung geblieben und ein Teil von ihnen mußte in die Unternehmungen der Konsumgenossenschaften eingegliedert werden, um sie vor gänzlichem Verfall zu bewahren.

Andererseits sind Konsumgenossenschaften. Aus genossenschaftlichen Warenverteilungsorganisationen sind Betriebskonzentrationen entstanden, die praktisch zeigen, daß die Organisation des Konsums die beste Grundlage für die Regelung der Produktion bildet. Die Währungs-„Risikostrafe“ des Kapitals wird ausgeschaltet, weil die kombinierte Konsum- und Produktivgenossenschaft nur für den inneren (Mitglieder-) Markt arbeitet, der Bedarf durch den Konsum ist und dadurch der Ueberfluß an Produktion ausscheidet. Dieser Tatsache vermag auch die privatwirtschaftliche Konkurrenz gegen die Konsumgenossenschaften keinen Abbruch zu tun, denn die Erfahrung hat bereits tausendfach bewiesen, daß die auf dem organisierten Konsum aufgebaute Produktion infolge der Ausschaltung einer Reihe von Unkostenfaktoren — Risikostrafe, Kapitaleinkommen, Restlohn usw., der privatwirtschaftlichen Produktionsweise unbedingt überlegen ist.

Daraus ergeben sich die schon von Karl Marx gezogenen logischen Folgerungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften ganz von selbst.

Für die Gewerkschafts- und sozialistische Parteilbewegung und ihre Mitglieder kann es sich beunruhigen mehr denn je nur darum drehen, ihre Handlungen jenen Folgerungen anzupassen; Handlungen, die in einer vorbehaltlosen idealen, organisatorischen und materiellen Förderung der Konsumgenossenschaften bestehen müssen. Was eine um so angenehmere und verdienstlichere Aufgabe ist, als die dazu noch dem eigenen und augenblicklichen Bedürfnisse und wirtschaftlichen Vorteile dient, was sich aus späteren Feststellungen mit zwingender Deutlichkeit ergeben wird.

Vor allem aber: Die Förderung der Konsumgenossenschaften ist Dienst an der Gemeinwirtschaft, an wirtschaftlichen Sozialismus, der die Volkswirtschaft der Zukunft sein wird.

Für unsere Kolleginnen

Freiheit!

Die feurigen Berge donnern sich zu,
es hallt ihr Krachen von Zone zu Zone,
die Meere stürmen sich auf aus der Ruh',
und es beb't des Nordpols eisse Krone,
wenn erschallt des Typhons Trombone.

Einer einzigen Wolfe der Bliß entwehret,
der tausend Inseln in Glut entfacht;
die Erde beb't — eine Stadt ist zerschmettert,
und hundert beben und wanken; es tragt
der Erde tiefster Schacht.

Doch heller dein Bild als des Blißes Schein,
und wie du, so dröhnt die Erde nimmer;
der Meere Welos, der Vulkane Spei'n
überlöst, überstrahlst du; der Sonne Schimmer
ist vor dir wie Irlichtsgeflimmer.

Von Berg und Wege und jagender Wolfe
glänzt die Sonne durch Nebel und dunstigen Flor;
von Seele zu Seele, von Volke zu Volke,
von Stadt zu Dorf schwingt dein Tag sich empor,
wie Schatten der Nacht flieh'n Sklav und Tyrann,
wenn dein Licht zu leuchten begann:
Freiheit! Percy Bysshe Shelley.

Schafft Aufklärung unter den Arbeiter- frauen!

Die folgenden Ausführungen aus einer
uns nicht bekannten Quelle empfehlen wir
besonderer Beachtung:

Aus reinem Selbsterhaltungstrieb haben sich die
meisten Kollegen und Kolleginnen der Organisation
angeschlossen und sie glauben nun voll und ganz ihre
Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie ihre Beiträge
pünktlich oder auch unpünktlich bezahlen. Ein guter
Versammlungsbesuch ist nur dann zu ver-
zeichnen, wenn es sich um Lohnforderungen handelt.
Sonst wird die Tagesordnung für so unwesentlich
erachtet, daß die meisten glauben, in der Versamm-
lung überflüssig zu sein und sie denken dann, es
geht auch ohne mich. Wenn man hierüber
nachdenkt, dann muß man sich fragen, wo liegt der
Grund zu dieser Gleichgültigkeit? Ist diese Gleich-
gültigkeit nicht eine große Gefahr für uns, für die
Aktivität unserer gesamten Arbeiterbewegung? Reines
Erachtens liegt es viel an den Frauen unserer
gewerkschaftlich organisierten Kollegen. Deshalb
möchte ich einige Worte an meine Geschichts-
genossinnen und an die Gewerkschaftskollegen richten,
weil ich genau weiß, daß die Frauen zum großen
Teil mitschuldig sind an der Gleichgültig-
keit ihrer Männer.

Die Frau eines organisierten Kollegen muß
wissen, daß es ihre Pflicht ist, und daß es in
ihrem Interesse liegt, den Mann zum fleißigen
Versammlungsbesuch, zur pünktlichen
Beitragszahlung anzuspornen und nicht
diesen davon abzuhalten. Der wirtschaft-
liche Kampf, der von ihrem Mann in seiner
Organisation geführt wird, ist der Kampf um
die Erhaltung der Familie, also auch
um ihre Erhaltung, um ihr Kind, um
ihre Gesundheit, um das Wohl ihres Herdes.
Das muß die Frau wissen, und Aufgabe der Organi-
sation muß es sein, den Frauen der verheirateten
Kollegen klar zu machen, was sie zu tun und zu
lassen haben. In dieser Beziehung ist bisher noch
nichts getan, daher braucht man sich über die In-
differenz der Frauen nicht zu wundern. Sagt nicht:
Ach, was geht das Frauen an, die begreifen das
doch nicht. Denkt daran, daß die Frauen zum großen
Teil auch in der gewerkschaftlichen Frage ihren Ein-
fluß auf den Mann ausüben, und manche hält
ihren Mann ab, zur Versammlung zu
gehen, seine Beiträge zu bezahlen, sich aktiv an
der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen. Denkt daran,

daß die Frau als Erzieherin ihrer Kinder viel dazu
beitragen kann, diese im proletarischen Sinne
zu erziehen.

Und ist denn diese Erziehung für uns so be-
deutungslos? Nein! Ich könnte sogar sagen, sie ist
für uns alles! Die Anschauungen der proletarischen
Frauen müssen revolutioniert werden. Lehren wir sie
begreifen, wozu tiefer Unterschied zwischen den bereits
aufgeklärten Frauen und ihnen besteht, und wie un-
endlich glücklich sie sich fühlen werden, wenn sie erst
sehend geworden sind.

Der Kampf gegen die Gleichgültigkeit, gegen den
Unverstand muß mit aller Schärfe geführt werden.
Die Zeit muß dazu vorhanden sein, und wir ge-
werkschaftlich organisierten Arbeiterinnen dürfen keine
Pause im Kampfe gegen diese Interessentlosigkeit
kennen; jeder Tag, jede Stunde, jeder Augen-
blick muß dazu benutzt werden, um unsere Ge-
schlechtsgenossinnen aufzuklären.

Hoffentlich tragen meine Zeilen dazu bei, daß in
dieser Beziehung mehr als bisher getan wird und der
Erfolg dürfte nicht ausbleiben. G. V. D.

Mehr Arbeiterinnenschutz.

Auf Veranlassung der Vertreter der sozialdemo-
kratischen Fraktion kamen kürzlich im Hauptauschuß
des Preussischen Landtags auch Fragen des Arbeiter-
und Arbeiterinnenschutzes zur Sprache.
Hervorgehoben wurde bei dieser Gelegenheit die Be-
deutung der seit wenigen Jahren bestehenden Tätig-
keit der Männer und Frauen im preussischen Ge-
werbeaufsichtsdienst, die aus Arbeiter- und An-
gestelltentreisen hervorgegangen sind. Die Organi-
sationen der Arbeiter und Angestellten haben um die
Heranziehung solcher Personen zur Gewerbe- und
Handelsaufsicht jahrelang gekämpft. Erst kurz vor
Beendigung des Krieges wurde die Notwendigkeit
der Forderung anerkannt. In Preußen sind zurzeit
49 Personen aus Arbeiter- und Angestelltentreisen
im Aufwandsdienst tätig.

Es war nicht leicht, die Forderungen der Ge-
werkschaften in die Tat umzusetzen. Auch heute noch
bestehen in dieser Hinsicht mancherlei Hindernisse.
Neben dem mehr oder weniger offen geführten Kampf
der akademisch geschulten Kräfte der Gewerbe-
und Handelsaufsicht gegen die Arbeiter und Angestell-
ten schaffen solche Hindernisse in hohem Maße die
materiellen Bedingungen, zu denen die zuletzt
genannten Kräfte ihren Dienst ausüben müssen. Seit
Jahren versuchen deshalb unsere Gewerkschaften und
die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Lan-
dtages, die Anstellungsbedingungen der „Hilfsbeamten
der Gewerbeaufsicht“ zu verbessern. Entsprechende
Anträge sind aber wiederholt abgelehnt worden. Die
Regierung und die bürgerlichen Parteien berufen
sich stets auf das Sperrgesetz und sie berufen sich
heute daneben auch auf die Finanznot des Staates.
Selbst gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften aller
Richtungen hat bisher noch keine wesentlichen Ände-
rungen herbeiführen können.

Der amtlichen Gewerbe- und Handelsaufsicht er-
wachsen immer neue wichtige Aufgaben. Es seien
hier nur die Aufgaben hervorgehoben, die die
Arbeitszeiterordnung vom 21. Dezember 1923 ihr
stellt. Nur tüchtige Kräfte sind diesen Aufgaben
gewachsen. Solche Kräfte verlangen neben andern
annehmbaren Bedingungen aber auch angemessene
Bezahlung. Der Arbeiterschutz ist eine sehr wichtige
Angelegenheit. Er verlangt, daß die Regierungen
ihm größte Aufmerksamkeit widmen, und er verdient
ferner, daß die an ihm interessierten Personentreife
alle Kräfte anwenden, über die sie verfügen, um ihn
zu fördern.

Weitere Bemühungen der Fraktionsvertreter der
Sozialdemokraten im Hauptauschuß des Preussischen
Landtages galten dem Schutz der Heimarbeiter-
innen gegen den in der gegenwärtigen Zeit
besonders blühenden Lohndruck und ähnliche Uebel-
stände. Weibliche Arbeitskräfte werden u. a. in der
Heimindustrie auch recht oft mit Arbeiten beschäftigt,
die nach § 154a der Gewerbeordnung für Frauen
verboten sind. Einkimmige Annahme fand daher

ein Antrag, der den Heimarbeiterinnen die Durch-
führung der Bestimmungen des Heimarbeiter-
lohngesetzes vom 30. Juni 1923 schaffen soll.
Das Gesetz überläßt es den Landesbehörden, die
Bestimmung zur Durchführung zu bringen, nach der
die vorgeesehenen Fachauschüsse die Entgelte
für Heimarbeit festsetzen können, falls diese
hinter den üblichen Arbeitslöhnen zu-
rückbleiben. Bis vor kurzem konnten die Organe der
preussischen Gewerbeaufsicht, die mit dieser Aufgabe
betraut waren, aus Mangel an Mitteln auf diesem
Gebiete nichts wesentliches unternehmen. Nach dieser
Richtung ist nach den Erklärungen der Regierung jetzt
eine erfreuliche Aenderung eingetreten. Es wird nun
an den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft
liegen, die Hilfe der in Frage kommenden Behörden
anzurufen, wo sie aus eigener Kraft die Ausbeu-
tung von Heimarbeiterinnen nicht befehi-
gen können.

Die organisierte Arbeiterschaft, vor allem die
Arbeiterinnen, dürfen sich aber darüber keiner Täu-
schung hingeben, daß selbst die beste amtliche Tätigkeit
auf dem großen Gebiete des Arbeiterschutzes die
Gewerkschaften der Aufgabe nicht enthebt, auch
ihrerseits für den Schutz von Leben und Ge-
sundheit der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen
zu wirken, und daß allein schon zur Erfüllung dieser
Aufgabe leistungsfähige Gewerkschaften
eine Notwendigkeit sind.

Gertrud Hanna.

Was wird von einer Arbeiterin verlangt?

Im deutschen „Reichsarbeitsblatt“ finden wir
sehr lehrreiche Auskünfte über die Betriebsorganisation
der auf betriebstechnischem und sozialpolitischem Ge-
biet wohlbekanntesten Firma Robert Bosch A.-G., Stutt-
gart. Es wird dort die Ausbildung der
Arbeiterinnen zu weiblichen Maschinen-
arbeitern ausführlich dargestellt und mitgeteilt,
was von einem guten weiblichen Maschinenarbeiter
verlangt wird. Dazu gehören, wie es im Bericht
heißt:

„Gesunde Lungen, große Widerstandskraft des
Nervensystems, schnelle, gleichmäßige und sichere
Handbewegungen, scharfes Sehvermögen, sehr feine
Tastempfindung, die Fähigkeit, die Aufmerksamkeit
längere Zeit demselben Gegenstand zuzuwenden,
sie auf einen bestimmten Gegenstand scharf zu kon-
zentrieren, auf verschiedene Gegenstände gleichzeitig
zu achten (mit den Händen, mit einem Fuß, einem
Arm muß gleichzeitig gearbeitet werden). Die
Arbeiterin darf nicht leicht erregbar (da sonst der
dünne Draht leicht zerreißen würde), nicht un-
geduldig, nicht leicht ermüdbar sein, sehr weitgehende
Uebungsfähigkeit (Automatisierung der Bewegun-
gen). Die Arbeit wird ständig ausgeführt, gilt als
anstrengend und verlangt sorgfältigste Ausführung.“

Man muß sich schon fragen, ob es unter den
Unternehmern, die das Recht zu ihren hohen Ein-
kommen aus ihren besonders hohen Fähigkeiten ab-
leiten, viele gibt, die den Anforderungen, die an eine
einfache Arbeiterin gestellt werden, gerecht
werden? Allerdings werden von den Leitern der
kapitalistischen Produktion andere Eigenschaften ver-
langt: Rücksichtslosigkeit, schnelles Erfassen und Aus-
beuten der Geschäftskonjunktur, Sinn für Spekula-
tion und ähnliches mehr. Man soll darüber entscheiden,
welche Funktionen wertvoller für die Gesellschaft
sind.

Der fette Reichtum

hat's ausgedacht,
Daß Armut niemanden Schande macht.
Die Schlemmer lehnen am vollen Tisch,
Wie Salz und Brot hält die Wangen frisch.
Die Tauben gurren vom Dachstrand:
„Nehmt lieber den Sperting in der Hand...“
Und die Dummen saßen den Wehrheitsbeschlus,
Daß stets der Klügere nachgeben muß.
Blumenthal.

